

**Bayer AG, Hauptversammlung am 27.05.2015 in Köln**  
**Gegenantrag des Aktionärs [REDACTED] zu TOP 5**

**§ 2 Abs. 1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:**

**„Gegenstand des Unternehmens ist Erzeugung, Vertrieb, sonstige industrielle Betätigung oder Erbringung von Dienstleistungen auf den Gebieten Gesundheit, Umweltschutz und Landwirtschaft. Die Gesellschaft kann diese Tätigkeit auch auf den Gebieten Polymere und Chemie erbringen.**

**Begründung:**

**Die zukünftige Konzentration der Geschäfte des Bayer-Konzerns auf die Life-Science-Geschäfte HealthCare und CropScience macht es gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Abspaltung von MaterialScience notwendig und sinnvoll, den Umweltschutz nachhaltig zu berücksichtigen.**

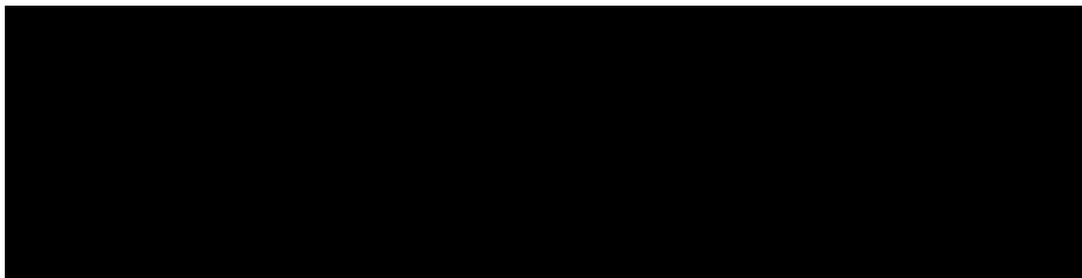
**HealthCare und CropScience sind angesichts der sich verändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten auf SustainableDevelopment angewiesen. Die Geschäftstätigkeit muss nachhaltig und umweltverträglich sein.**

**In diesem Zusammenhang sollten die bienengefährlichen Pestizide mit dem schädlichen Nervengift Thiacloprid (z.B. „Calypso Schädlingsfrei“ und „Lizetan Zierpflanzenspray“), die im Bayer-Konzern nur einen relativ geringen Umsatzanteil haben, sofort vom Markt genommen werden.**

**Die Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof zu den von der EU-Kommission verbotenen Neonikotinoid-Wirkstoffen Clothianidin, Thiomethoxan und Imidacloprid sollten zurückgenommen werden.**

**Orientierungsfähigkeit und - nikotinfreie - Kommunikation sind für Bienen überlebenswichtig. Und wir wollen keine Pestizidrückstände im Honig !**

**Danke !**



# Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit!

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. \* Postfach 15 04 18 \* 40081 Düsseldorf

Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
Kaiser-Wilhelm-Allee 20  
51373 Leverkusen

29. April 2015

## Hauptversammlung am 27. Mai 2015

Hiermit zeigen wir an, dass wir zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widersprechen und die anderen Aktionäre veranlassen werden, für den folgenden Gegenantrag zu stimmen.

### Gegenantrag zu TOP 2: Der Vorstand wird nicht entlastet

**Der ehemalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war im 1. Weltkrieg mitverantwortlich für den Einsatz von Giftgas und die Deportation von Zwangsarbeitern. Die Städte Dortmund und Lüdenscheid haben daher kürzlich die nach Duisberg benannten Straßen umgewidmet. Der Vorstand von BAYER hingegen hält unbeirrt an dem belasteten Erbe Duisbergs fest.**

Am 26. November 2014 wurde in Dortmund die Umbenennung der dortigen Carl-Duisberg-Straße beschlossen. Zur Begründung schreibt das Dortmunder Stadtarchiv: *„Duisberg gehörte zu den führenden deutschen Industriellen, die während des Krieges die - auch nach dem damals geltenden internationalen Kriegsrecht illegale - Deportation belgischer Zivilisten zur Zwangsarbeit nach Deutschland durchsetzten. (...) Als Patriarch lehnte er bis zu seinem Tod Gewerkschaften entschieden ab. Er war von Beginn an Gegner der Weimarer Demokratie.“* Auch Duisbergs Unterstützung des antisemitischen „Alldeutschen Verbands“ wird in der Stellungnahme genannt.

Am 8. Dezember folgte der Stadtrat von Lüdenscheid und beschloss eine Umbenennung des dortigen Duisbergwegs. Das Lüdenscheider Stadtarchiv schreibt unter anderem: *„Während des Ersten Weltkriegs wurde unter Duisbergs Vorsitz bei Bayer Giftgas für den Kriegseinsatz produziert. Abfallprodukte der Chemischen Industrie, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfte, dienten als Rohstoffe. In Leverkusen war das u. a. Phosgen, ein Gas, das besonders grausam wirkt.“* Auch in Wuppertal, Dormagen, Krefeld, Bonn und Frankfurt gibt es Initiativen zur Umbenennung von Duisberg-Straßen.

Carl Duisberg hatte bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Vermarktung von Heroin als angeblich „harmlosem Hustenmittel“ betrieben. Als Wissenschaftler das Suchtpotential des Präparats anprangerten, äußerte er, man müsse die „Gegner mundtot



schlagen“. Obwohl sich rasch die Gefahr der Abhängigkeit herausstellte, führte die Firma BAYER den Verkauf von Heroin über Jahrzehnte hinweg fort.

Im 1. Weltkrieg beklagte Carl Duisberg gegenüber den Generälen Hindenburg und Ludendorff den Mangel an Arbeitskräften. Mit dem Ausspruch „Öffnen Sie das große Menschenbassin Belgien“ forderte er den Einsatz von Zwangsarbeitern. Das Reichsamt des Inneren griff Duisbergs Vorschlag auf und ließ 1916 zehntausende Belgier deportieren. Mehrere Tausend starben.

Zur selben Zeit entwickelte Carl Duisberg gemeinsam mit Fritz Haber Giftgase wie „Grünkreuz“ und „Senfgas“, testete diese erstmals an der Front und verlangte vehement ihren Einsatz. So heißt es in einem Brief Duisbergs an die Oberste Heeresleitung: „Dieses Chlorkohlenoxyd ist das gemeinste Zeug, das ich kenne. (...) Die einzig richtige Stelle aber ist die Front, an der man so etwas heute probieren kann und auch für die Zukunft nicht sobald wieder Gelegenheit hat, so etwas auszuprobieren. (...) Ich kann deshalb nur noch einmal dringend empfehlen, die Gelegenheit dieses Krieges nicht vorübergehen zu lassen, ohne auch die Hexa-Granate zu prüfen.“

BAYER wurde unter Duisbergs Leitung zudem der größte deutsche Produzent von Sprengstoffen. Ohne die Lieferungen der chemischen Industrie wäre der Krieg nach wenigen Monaten wegen Munitionsmangel beendet gewesen.

1917 wurde Duisberg Mitglied der rechtsextremen *Deutschen Vaterlandspartei*. Zudem war er Vorstandsmitglied des „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden“, einer Gründung des antisemitischen *Alldeutschen Verbands*. Duisberg forderte die Annexion der besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich und etwas später auch „deutschen Lebensraum“ in Polen und Russland. Duisberg hatte beste Kontakte zur Obersten Heeresleitung und mischte sich offensiv in die Kriegszielplanung ein. Auch forderte er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und setzte sich erfolgreich für die Absetzung des (angeblich zu nachgiebigen) Kanzlers Bethmann-Hollweg ein.

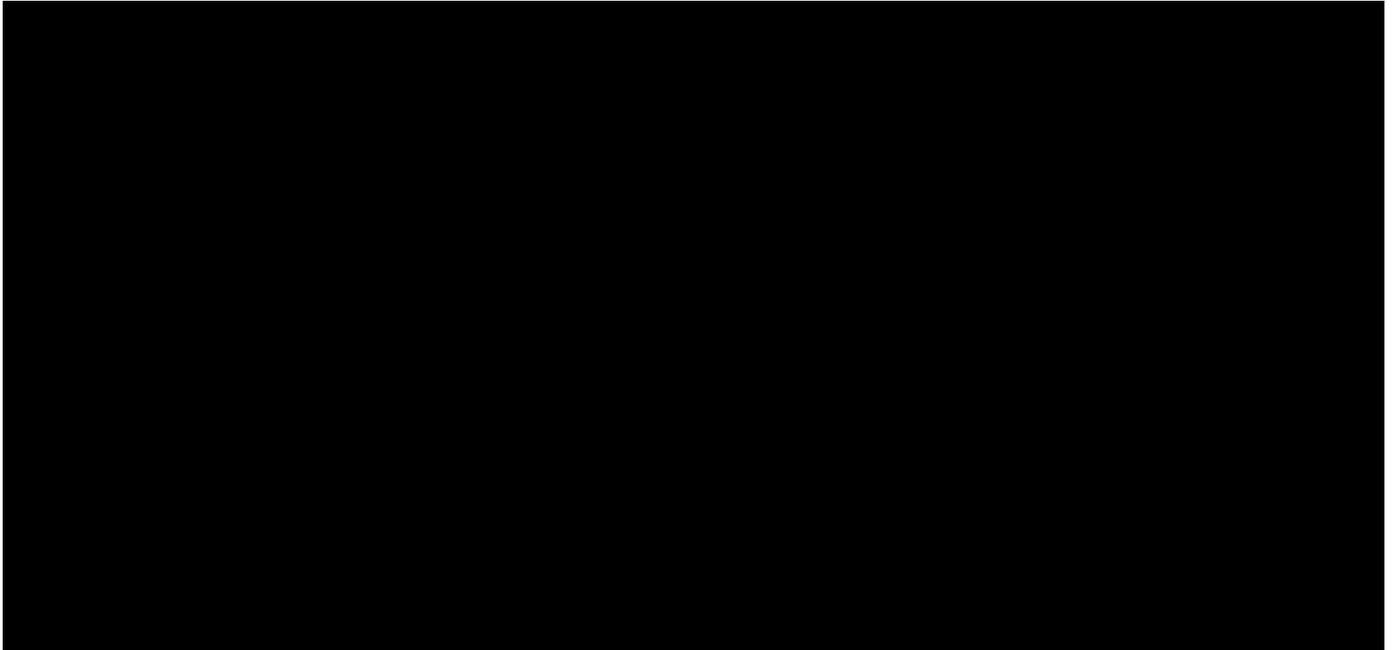
Der Weimarer Republik stand Duisberg von Anfang an ablehnend gegenüber. Duisberg organisierte Spenden an nationalistische Parteien, spätestens seit 1930 auch an die NSDAP. 1931 forderte Duisberg, der mittlerweile Aufsichtsratsvorsitzender der IG FARBEN geworden war: „Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, dass er keine Hemmungen hat, so muss diesem Mann unbedingt Folge geleistet werden.“

Im Gegenzug für ihre Millionen-Spenden erhielt die IG FARBEN von den Nationalsozialisten Absatzgarantien für synthetischen Treibstoff und Kautschuk. Kein anderes Unternehmen kollaborierte in der Folgezeit so eng mit dem Dritten Reich. Anlässlich seiner Pensionierung frohlockte Carl Duisberg denn auch: „Ich freue mich auf einen Lebensabend unter unserem Führer Adolf Hitler.“

**Bis heute leugnet BAYER Carl Duisbergs Mitverantwortung für Krieg und Diktatur. Daher ist dem Vorstand die Entlastung zu verweigern. Mehr Infos unter [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)**

Um Mitteilung dieser Gegenanträge sowie der Begründungen bitten wir gemäß §§ 125, 126 AktG. Die Aktionärinnen und Aktionäre werden gebeten, ihre Stimmrechte der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* zu übertragen.

Für den Vorstand der *Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.*



[REDACTED]

Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
51368 Leverkusen

## Hauptversammlung am 27. Mai 2015

Hiermit zeige ich an, dass ich zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widerspreche und die anderen Aktionäre veranlassen werde, für die folgenden Gegenanträge zu stimmen.

### Gegenantrag zu TOP 2: Der Vorstand wird nicht entlastet

**Begründung: Die alte CO<sub>2</sub>-Pipeline von Dormagen nach Leverkusen mit der Umwidmung 2002 auf Kohlenmonoxid bedroht Menschenleben**

Seit mehr als 12 Jahren betreibt die Bayer-AG eine 10-km-lange Pipeline mit dem nicht-wahrnehmbaren, hochgiftigen Kohlenmonoxid (CO). Die Rohre sind fast 50 Jahre alt und laut Antwort der Bezirksregierung Köln vom 7.3.2014 an mehr als 200 Stellen z.T. bedrohlich korrodiert.

Eine Kampfmitteluntersuchung im Bereich der Pipeline wurde nie durchgeführt, obwohl im Kölner Norden, in Köln-Riehl bereits mehrfach Weltkriegsbomben gefunden wurden.

Es fehlt ein qualifiziertes Risiko-Szenario mit einer Ausbreitungsberechnung. Dabei sind die Wohnbebauung und Kindergärten teilweise weniger als 100 m entfernt und viele Spaziergänger können sich in unmittelbarer Nähe der Pipeline aufhalten.

Das Einatmen von lediglich 30 mL CO macht einen gesunden Erwachsenen bewusstlos und damit fluchtunfähig, ein Kind kann durch diese geringe Menge getötet werden. Das Leck-Warn-System schlägt erst bei einem Ausströmen von mehr als 210.000 L CO/h Alarm und ist somit völlig ungeeignet. Bevor überhaupt in der Bayer-Sicherheitszentrale ein Leck-Alarm eingeht, sind bereits ca. 105.000 L CO während einer halben Stunde ausgeströmt. Schon nach 3 Minuten treten lebensbedrohliche Schäden auf. Daher können bei einem Pipeline-Bruch Hunderte oder Tausende Tote und lebenslang Hirngeschädigte zu beklagen sein.

Dies alles ist ein unzumutbares Risiko für die Anwohner und weitere Menschen, die sich in der Nähe der Pipeline aufhalten. In unserem Gemeinwesen, das zu Recht stolz ist auf die Erfolge der chemischen Industrie, ist es unverantwortlich, die Profitinteressen über das Gemeinwohl zu stellen und das Recht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit (Art2GG) zu beschneiden.

**Ich werde den Vorstand erst entlasten, wenn die CO-Pipeline stillgelegt ist.**

[REDACTED]

Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
Kaiser-Wilhelm-Allee  
51368 Leverkusen

## Hauptversammlung am 27. Mai 2015

Hiermit zeige ich an, dass ich zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widerspreche und die anderen Aktionäre veranlassen werde, für die folgenden Gegenanträge zu stimmen.

### Gegenantrag zu TOP 2: Der Vorstand wird nicht entlastet

**Begründung: Riesige Mengen Plastikmüll gelangen in die Ozeane – mit verheerenden Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Als einer der größten Kunststoff-Produzenten ist BAYER für dieses Umweltverbrechen mitverantwortlich. Der Vorstand soll daher nicht entlastet werden.**

Zwanzig Millionen Tonnen Kunststoff landen jedes Jahr in den Weltmeeren. Mehr als 5 Billionen Plastikteilchen schwimmen bereits in den Ozeanen. Allein auf dem Pazifik treibt ein Müllteppich, der mit 3,4 Millionen Quadratkilometern größer ist als Indien. Teilweise findet sich im Wasser mehr Plastik als Plankton. Da die meisten Kunststoffe auf natürlichem Weg kaum abbaubar sind, gefährden sie die Umwelt über Jahrhunderte hinweg.

Für Flora und Fauna hat dies fatale Folgen. Durch Wind und Wellen werden die Kunststoff-Teile klein gerieben und von Mikroorganismen, Fischen und Meeressäugern aufgenommen. Robben, Seevögel und Delphine sterben jämmerlich. So wurde in Spanien ein verendeter Pottwal angespült, in dessen Magen sich 30 Quadratmeter Kunststoff-Folie, viereinhalb Meter Schlauch, eine Leine, diverse Tüten und ein Kleiderbügel befanden.

Auch Kleinstorganismen wie Zoo-Plankton nehmen Mikroplastik auf. Die Stoffe geraten dadurch in die marine Nahrungskette und über den Fischfang schließlich in die menschliche Nahrung.

BAYER hat einen gehörigen Anteil an diesem Desaster. Der Konzern zählt zu den größten Kunststoff-Herstellern der Welt. Allein bei TDI beträgt der Marktanteil rund 25 Prozent. Bei Polycarbonaten ist BAYER der weltweit größte Hersteller.

Eine besonders gefährliche und unverantwortliche Erfindung von BAYER ist Mikroplastik aus der BAYCUSAN-Reihe. Mikroplastik-Kugeln finden sich in Kosmetika, Putzmitteln und Duschgel. Früher wurden hierfür zerkleinerte Fruchtkerne eingesetzt,

die in kurzer Zeit biologisch abbaubar sind. Aus Profitgründen wird hierfür nun Kunststoff verwendet.

BAYER bietet die Mikrokugeln für Haarpflegemittel, Lotionen, Sonnenmilch, Hautcremes und Wimperntusche an. Der Stoff Polyurethane-32 etwa soll dafür sorgen, dass sich Gesichtsmasken besser ablösen lassen. Polyurethane-34 verspricht laut BAYER „exzellenten Locken-Halt“ sowie „hohen Glanz“, während Polyurethane-35 Kosmetika angeblich zu einer sehr guten Wasserbeständigkeit verhilft und ihnen „ein natürliches Hautgefühl“ verleiht. BAYER hat den Schönheitsmarkt erst vor relativ kurzer Zeit entdeckt, sich aber zum Ziel gesetzt, schon in diesem Jahr Weltmarktführer unter den Mikroplastik-Zulieferern zu werden. Zum Produktionsstart von BAYCUSAN hieß es: „Als Newcomer muss man in dieser hart umkämpften Branche forsch auftreten“.

Die Abwasser-Reinigung ist jedoch nicht in der Lage, den Eintrag der Partikel in die Gewässer zu verhindern. Mikroplastik landet in Flüssen und im Grundwasser und wurde bereits in Bier, Milch, Mineralwasser und Honig nachgewiesen.

Das Alfred-Wegener-Institut überprüfte das gesäuberte Wasser von zwölf Kläranlagen in Norddeutschland und wies darin bis zu 700 Plastik-Fragmente pro Kubikmeter nach. Dazu kamen bis zu 1.400 Kunststofffaser-Reste. Nur Klärwerke, die über Tuchfilter verfügen, können die Einträge weitgehend stoppen. Allein von den untersuchten Anlagen aus strömen über die Flüsse rund zwölf Milliarden Partikel pro Jahr in die Nordsee.

Im Meer potenziert sich die Giftwirkung von Mikroplastik noch. Die Teilchen binden durch ihre wasserabweisende und fettlösliche Oberfläche Schadstoffe wie Polychlorierte Biphenyle (PCB), Pestizide, Medikamenten-Rückstände, Quecksilber, Blei oder Chrom. Zu allem Übel gelangen die Kunststoffe nicht nur in die Gewässer: der bei der Wasserreinigung anfallende Klärschlamm absorbiert ebenfalls Mikroplastik – und gibt es in seinem späteren Leben als Brennstoff oder Dünger in großen Mengen wieder ab. Ökotoxikologen warnen deshalb, dass Mikroplastik auch für den Menschen eine Gefahr darstellt. Der Ozeanograf Charles J. Moore bezeichnet die Verschmutzung der Weltmeere als „neueste globale Gefahr“.

Um die Gefahr einzudämmen, sind umfangreiche Maßnahmen notwendig: Der Verkauf von Mikroplastik muss eingestellt werden. Kunststoffe müssen so weit wie möglich durch biologisch abbaubare Stoffe ersetzt werden. Die Hersteller von Kunststoff-Produkten müssen verpflichtet werden, alle Inhaltsstoffe und sämtliche toxikologischen Daten offenzulegen. Stoffe wie Bisphenol A und Weichmacher müssen aus Produkten des täglichen Lebens, zum Beispiel Lebensmittel-Verpackungen, Spielzeug und Kleidung, verschwinden. Notwendig ist auch eine Umkehr der Beweis-pflicht: nicht Behörden oder Verbraucher müssen die Gefährlichkeit eines Stoffes beweisen, sondern die Produzenten dessen Ungefährlichkeit.

**Der Vorstand von BAYER hat keine Maßnahmen eingeleitet, um die Verschmutzung der Ozeane durch Plastikmüll einzudämmen. Im Gegenteil: durch ständig wachsende Produktionsmengen wird das Problem weiter verschärft. Dem Vorstand ist daher die Entlastung zu verweigern.**

## Gegenantrag zu TOP 3: Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet

**Das MS-Präparat BETAFERON gehört mit einem Umsatz von knapp einer Milliarde Euro zu den profitabelsten Medikamenten der Firma BAYER. Unabhängige Studien bescheinigen dem Präparat jedoch wenig Nutzen. BAYER weigert sich, alle Zuwendungen an Ärzte, Fachgesellschaften und Selbsthilfegruppen offen zu legen. Der Aufsichtsrat soll daher nicht entlastet werden.**

Die Gabe von Interferonen ist häufig mit schweren Nebenwirkungen verbunden, darunter Nierenleiden (bis hin zu Todesfällen), Fieber, Muskelschmerzen und Depressionen. Laut *Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte* (BfArM) können Nierenschädigungen noch Jahre nach den Injektionen auftreten. Dennoch wird die Mehrzahl der MS-Betroffenen zu einer Therapie mit BETAFERON oder anderen Interferonen gedrängt.

Dabei zeigen unabhängige Untersuchungen, dass die Behandlung nur einen geringen Nutzen hat. So wertete die *Cochrane Collaboration*, ein unabhängiges Netzwerk von Ärzten, Wissenschaftlern und Patientenvertretern, 44 Studien aus und folgerte, dass „*das Kosten/Nutzen-Verhältnis ungünstig sein könnte*“.

Interferone können bei lediglich 16 Prozent der frisch Erkrankten einen zweiten Schub verhindern. Bei fünf von sechs Patienten zeigen sie keinerlei Wirkung. Im Fall einer chronifizierten, schubförmig verlaufenden MS helfen die Präparate bloß in vierzehn Prozent der Fälle. Die Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf kommt daher zu dem Ergebnis, dass „*die Vorstellungen zur Wirkung von Interferonen auf Vermutungen basieren*“. Bei einer von Beginn an manifesten Multiplen Sklerose ohne Schübe hätten die Mittel, so die Hamburger Ärzte, keinerlei Nutzen.

Viele Betroffene kommen zu einem ähnlichen Resultat. Binnen vier Jahren brechen 46 Prozent die Behandlung mit BETAFERON oder anderen Interferonen ab. BAYER versucht daher, die Patienten mit dem BETAPLUS-Programm bei der Stange zu halten.

Auch in der Fachzeitschrift *Lancet* erschien eine Untersuchung zur Wirksamkeit von Interferonen. Hierfür wurden alle randomisierten, plazebokontrollierten Studien zur schubförmigen MS einer genauen Auswertung unterzogen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass durch die große Anzahl von Studienabbruchern, die in den Auswertungen der Interferon-Studien nicht berücksichtigt wurden, das Ergebnis geschönt wurde. Eine breite Anwendung der Interferone sei daher nicht zu rechtfertigen. Die Meta-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es „*eine verheerende Entwicklung ist, wenn die beteiligten Pharmaunternehmen Einfluss auf die Auswertung nehmen oder die Veröffentlichung unbequemer Ergebnisse verhindern können*.“

Wegen der langen Behandlungsdauer ist das Segment besonders lukrativ. Die jährlichen Behandlungskosten pro Patient liegen bei 15 – 20.000 Euro. Den Kassen entstehen dadurch enorme Kosten: laut dem jüngsten Arzneimittelreport der Barmer GEK sind MS-Präparate einer der großen Kostenfaktoren im Arzneimittelbereich. Die Fertigung von Interferonpräparaten war ursprünglich kostenintensiv, was zu hohen Medikamentenpreisen führte. Dieses Preisniveau blieb für alle folgenden MS-Präparate der Maßstab, obwohl die Herstellungskosten inzwischen deutlich sanken.



BAYER produziert das Präparat nicht mal mehr selbst: 2011 legte der Konzern eine Anlage im US-amerikanischen Emeryville still, vernichtete 540 Arbeitsplätze und schloss mit BOEHRINGER einen Zuliefer-Vertrag ab.

Zugleich hat BAYER beste Beziehungen zu Ärzten und medizinischen Fachgesellschaften aufgebaut. So fanden sich 21 der 24 Ärzte, welche die Behandlungsleitlinie für MS erstellt haben, bereits auf der Lohnliste der Industrie. Zuwendungen flossen für Forschungsvorhaben sowie für Vorträge, Berater- oder Gutachter-Tätigkeiten.

Auch MS-Selbsthilfegruppen bindet BAYER durch Spenden an sich. Und mit der *Deutschen Multiplen Sklerose Gesellschaft* (DMSG) besteht dank umfangreicher Investitionen ebenfalls bestes Einvernehmen. So ließ BAYER der DMSG im Jahr 2013 über 55.000 Euro zukommen. Insbesondere auf den Vorsitzenden des Ärztlichen Beirates, Prof. Reinhard Hohlfeld, kann sich BAYER verlassen: Hohlfeld diente BAYER schon als wissenschaftlicher Berater und erhielt wiederholt Forschungsgelder. Prof. Hohlfeld wirkte an den Leitlinien mit und fungiert als Mitherausgeber mehrerer MS-Fachzeitschriften. Seine DMSG-Vorstandskollegen Ralf Gold, Peter Rieckmann und Heinz Wiendl sind gleichfalls ziemlich beste BAYER-Freunde und Leitlinien-Autoren. Da wundert es nicht, dass der Verband nur leitlinientreue MS-Zentren zertifiziert und den Interferonen weiterhin die Treue hält.

Der Arzt Dr. Wolfgang Weihe rügte schon 2006 im *Deutschen Ärzteblatt* die enge Bande der DMSG und der Leitlinien-Autoren zur Industrie und meldete Zweifel an der Uneigennützigkeit ihrer Interferon-Vorliebe an. Das Imperium schlug sofort zurück: die DMSG reichte eine Unterlassungsklage ein. Mit solchen Mitteln gelingt es der Phalanx aus Industrie, Fachgesellschaften und willigen Medizinern, Einvernehmen herzustellen. Darum wagt es auch kaum jemand aus der Zunft, eine konträre Meinung zu äußern.

**Ausführliche Informationen finden sich auch auf der homepage der *Coordinati-  
on gegen BAYER-Gefahren* unter [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)**

Um Mitteilung der Gegenanträge sowie der Begründung darf ich gemäß §§ 125, 126 AktG bitten.



BAYER Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
Kaiser-Wilhelm-Allee  
51368 Leverkusen

27. März 2015

## Hauptversammlung am 27. Mai 2015

Hiermit zeige ich an, dass ich zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widerspreche und die anderen Aktionäre veranlassen werde, für die folgenden Gegenanträge zu stimmen.

### Gegenantrag zu TOP 3: Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet

**Die Ausgliederung der Kunststoff-Sparte *Bayer MaterialScience* (BMS) droht zu Lasten der Belegschaft zu gehen, vor allem im Ausland. Zudem entzieht sich BAYER der Verantwortung für die Sicherheit der extrem gefährlichen Anlagen.**

Im September 2014 gab der BAYER-Konzern dem Druck der Finanzmärkte nach und verkündete die Ausgliederung der Kunststoff-Sparte *Bayer MaterialScience*. In der Absicht, die bereits zweistellige Gewinnmarge noch weiter zu erhöhen, hatten Investoren seit Jahren auf diesen Schritt gedrängt. Im Oktober gaben die *Private Equity*-Firmen Advent, Carlyle, Cinven und KKR ihr Interesse an einer Übernahme bekannt.

Leidtragende dieser Entwicklung sind die mehr als 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um die Kunststoff-Sparte im Unternehmen zu halten, waren ihnen in den vergangenen Jahren zahlreiche Zugeständnisse abgepresst worden. So hatte BAYER mittels mehrerer „Effizienz-Programme“ über 2.000 Arbeitsplätze vernichtet, mehrere Werke geschlossen und Bonus-Zahlungen gestrichen. Nun zeigt sich, dass diese Opfer umsonst waren.

Welche Entwicklung langfristig droht, zeigt die ehemalige Chemie-Sparte von BAYER, die vor zehn Jahren unter dem Namen *Lanxess* ausgegliedert wurde. Mehrere Tausend Arbeitsplätze wurden seitdem vernichtet. Ein großer Teil der Belegschaft erlitt Lohninbußen oder wurde in andere Werke versetzt. Über die Jahre wurde *Lanxess* immer weiter parzelliert - mehrere Bereiche wurden geschlossen, andere verkauft. Angesichts einer möglichen Übernahme durch „Heuschrecken“ ist bei BMS eine ähnliche Entwicklung zu befürchten.



Die GewerkschaftsvertreterInnen im Aufsichtsrat haben der Abspaltung nach massiven Drohungen der Unternehmensleitung zugestimmt. Als Gegenleistung konnte zwar eine Arbeitsplatzgarantie ausgehandelt werden. Diese gilt jedoch nur für die deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und nur für fünf Jahre. Die Belegschaft des Werks in Antwerpen konnte erst nach einem Streik und anderen Kampfmaßnahmen eine vergleichbare Vereinbarung durchsetzen. In den USA hingegen, wo BAYER 95 % der Belegschaften einen Tarifvertrag verweigert und wo die Gewerkschaften von BAYER aus den meisten Werken gedrängt wurden, droht ein sozialer Kahlschlag.

Ein weiteres Problem ist die Störfall-Sicherheit: unter dem Dach von *Bayer MaterialScience* befinden sich zahlreiche hochgefährliche Anlagen. So kommen bei der Produktion von Polyurethan und Polycarbonat riesige Mengen toxischer Stoffe wie Chlor, Ammoniak, Kohlenmonoxid und sogar des ehemaligen Kampfgases Phosgen zum Einsatz.

Die künftigen Besitzer werden versucht sein, den von BAYER eingeschlagenen Kurs fortzusetzen und die Kosten für Wartung, Personal und Feuerwehr weiter abzusenken. Dies führt automatisch zu höheren Störfallrisiken. Da BMS einige der – nach Atomkraftwerken – gefährlichsten Industrieanlagen in Deutschland betreibt, droht ein Anstieg der Gefährdung für die AnwohnerInnen. Es ist unverantwortlich und inakzeptabel, hochgefährliche Anlagen in die Welt zu setzen, ohne für deren Sicherheit dauerhaft die Verantwortung zu übernehmen.

Konsequenzen hat der Schritt auch für die umstrittene CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld, die gegenwärtig durch Gerichtsbeschlüsse auf Eis gelegt wurde. Sollte die Pipeline jemals in Betrieb gehen, so wäre völlig unklar, von wem sie in zehn oder zwanzig Jahren betrieben wird. Auch das Sicherheitsniveau und die maximale Haftung stünden in den Sternen. Ein Argument mehr, dieses unselige Projekt noch vor der Abspaltung aufzugeben.

Zudem drohen Standorten wie Leverkusen, Krefeld und Brunsbüttel Steuer-Verluste, wenn BAYER die Sparte an Private-Equity-Gesellschaften verkauft. Diese bürden den Verkaufspreis gerne ihren Neuerwerbungen als Schulden auf und senken so deren Gewinn und die Steuerlast. Zudem haben die Finanz-Konzerne ihren Sitz häufig in Steueroasen.

**Der Aufsichtsrat hat der Ausgliederung von BMS zugestimmt, obwohl für ausländische Arbeitsplätze keine Bestandsgarantie gegeben wurde. Auch gibt es keine Zusicherung von BAYER, dass die Sicherheitsstandards nicht abgesenkt werden. Daher ist dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern.**

Weitere Informationen finden sich auf der website der *Coordination gegen BAYER-Gefahren*: [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

## Gegenantrag zu TOP 2: Der Vorstand wird nicht entlastet

**Der BAYER-Konzern beteiligt sich an unlauterer Werbung im Internet. So hat BAYER eine Agentur in Wien beauftragt, unter falschem Namen Kommentare in sozialen Netzwerken zu posten. Beworben wurde u.a. die Hormonspirale MIRENA, obwohl Werbung für verschreibungspflichtige Medikamente verboten ist. Inzwischen wurde gegen BAYER Strafanzeige eingereicht.**

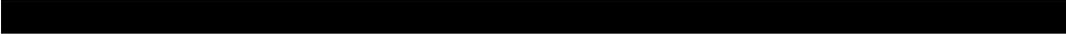
Wie systematisch die sozialen Medien unterwandert werden, offenbaren Dokumente, die das österreichische Magazin *Datum* publiziert hat. Demnach veröffentlichte allein die Wiener Agentur *Mhoch3* mehrere Hunderttausend gefälschter Postings. Mitarbeiter der Agentur schufen Tausende von Identitäten, die sich im Netz über Reiseziele, Autos, Glücksspiele oder neue CDs ausließen.

Die von *Mhoch3* gefakten Kommentare finden sich auf Plattformen und sozialen Netzwerken wie *Facebook*, *GuteFrage.net* oder *YouTube* und auf Nachrichtenseiten wie *Spiegel Online* oder *Focus.de*. Die PR-Mitarbeiter geben sich als Privatpersonen aus, die aus Freundlichkeit Unterstützung anbieten. Rechtschreibfehler und persönliche Fragen sollen Authentizität suggerieren. Zur Aufgabe der Agentur gehört es auch, Einträge bei *wikipedia* „aufzuhübschen“. Vor der Kampagne erhielten die PR-Mitarbeiter eine Schulung von BAYER. Viele der gefakten Kommentare finden sich bis heute im Netz.

Im Fall von BAYER warb *Mhoch3* unter anderem für Flohmittel wie *Advantix*, *Advantage* und *Kiltix* aus der Veterinärsparte des Konzerns. Zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigens ein Haustier erfinden. In Interneteinträgen hieß es dann etwa: „*Benny was hast du deiner katze letzt endlich gegeben damit die Flöhe verschwinden? Wir behandeln immer mitn Spot On von Bayer namens Advantage- kennst du das?...wünsch Euch viel Glück!*“.

Noch kritischer zu bewerten ist das Marketing für die umstrittene Hormonspirale MIRENA, durch das auch eine Gesundheitsgefährdung der Anwenderinnen in Kauf genommen wird. Denn obwohl für MIRENA Berichte über teils schwerwiegende Nebenwirkungen vorliegen, veröffentlichte die Agentur Postings im Tonfall hilfsbereiter Freundinnen: „also ich hab mir vor einem jahr die hormonspirale mirena einsetzen lassen und ich muss sagen, dass ich sehr zufrieden damit bin. hatte am anfang angst vor dem einsetzen, doch das war halb so schlimm“ (*Olivia34*, *psychologie.at*) oder: „Ich habe mir die Mirena einsetzen lassen, ist ebenfalls eine hormonspirale und damit hatte mein Frauenarzt sehr gute Erfahrungen bereits gemacht (...) – das kann ich voll empfehlen“.

Auch gehörte es zu den Aufgaben der Agentur, die zahlreiche Berichte über unerwünschte Reaktionen zu entkräften: „@ *sporzal*: mein tip es könnte auch eventuell nicht von der mirena kommen, sondern eventuell eine Allergie sein, ich hab das leider auch erst mal in vor kurzer zeit festgestellt, ich hatte echt total oft Kopfweg und das ist nicht lustig – das kann ich nachvollziehen“. Die erfundene Userin



„MauMau“ begab sich hierfür eigens in das *hormonspirale-forum.de*, in dem sich betroffene Frauen über ihre Erfahrungen mit MIRENA austauschen.

Für BAYER hat sich die Kampagne offenbar gelohnt. Im internen Fazit heißt es laut *Süddeutscher Zeitung*: „Grundsätzlich ist zu sagen, dass das Internet eine ideale Plattform zur Verbreitung von Informationen zum Thema Verhütung darstellt“. In zahlreichen Fällen hätten die Reaktionen der Nutzerinnen gezeigt, dass sie den freundlichen Kommentaren Glauben schenken und sich für die Spirale interessierten.

Zwar kennt niemand die Zahl der Agenturen, die Fake-Kommentare anbieten. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass keine Nische des Internets frei von Fälschungen ist. Im vorliegenden Fall sollten offensichtlich auch Gesetze umgangen werden, denn Werbung für verschreibungspflichtige Präparate wie MIRENA ist verboten.

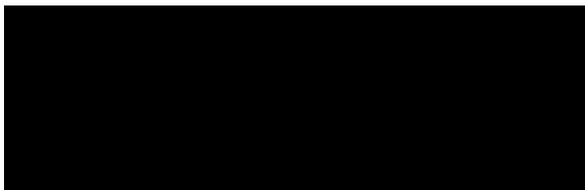
Um das Werbeverbot für Medikamente zu umgehen, betreibt BAYER zudem Webseiten wie Pille.com oder testosteron.de, die als „Informationsangebote“ getarnt werden. Insgesamt gibt BAYER pro Jahr rund 11 Milliarden Euro für Werbung und Vertrieb aus. Eine Aufschlüsselung verweigert der Konzern. Häufig überschreitet BAYER dabei die Grenzen des Erlaubten: Strafen für unlautere Werbung werden von vornherein mit einkalkuliert und aus der Portokasse beglichen.

**BAYER betreibt für viele Medikamente unverantwortliches Marketing. Aktuell sind auch die Antibabypillen aus der YASMIN-Reihe oder der Gerinnungshemmer XARELTO zu nennen – beides Präparate mit hohem Gefährdungspotenzial. Zudem unterwandert die Pharmaindustrie systematisch Selbsthilfegruppen und Patienten-Verbände.**

**Zusammenfassend lässt sich sagen: Für goldene Bilanzen geht BAYER notfalls über Leichen.**

Um Mitteilung der Gegenanträge sowie der Begründung darf ich gemäß §§ 125, 126 AktG bitten.

Mit freundlichen Grüßen,



Vorstandsmitglied *Coordination gegen BAYER-Gefahren*  
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)